

A stylized map of Africa composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, highlighting specific regions or countries across the continent.

Religiöser Konflikt und politisches Versagen in Nigeria

THOMAS MÄTTIG
Oktober 2010

- Nigeria wird seit den 1980er-Jahren von lokaler religiöser Gewalt erschüttert, mit der auch zukünftig zu rechnen ist. Für den gesamtstaatlichen Zusammenhang besteht derzeit jedoch keine Gefahr.
- Insgesamt läuft das Zusammenleben der Religionen weitgehend friedlich ab. Al-Qaida hat in Nigeria bisher nicht Fuß gefasst.
- Um religiöse Konflikte einzuhegen, müssen auch Nigerias politische und wirtschaftliche Probleme gelöst und Wege entwickelt werden, die Heterogenität des Landes friedlich zu gestalten.

Blutige Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen im zentralnigerianischen Jos, Schießereien zwischen staatlichen Sicherheitskräften und der islamistischen Sekte Boko Haram im Bundesstaat Borno, der missglückte Anschlag eines radikalen nigerianischen Muslims auf einen Flug nach Detroit im Dezember 2009: Die Hinweise auf eine religiöse Polarisierung in Nigeria häufen sich. Internationale Beobachter fragen besorgt nach dem Einfluss des radikalen Islam in Afrikas bevölkerungsreichstem Land, nach dem Verhältnis von Christen und Muslimen – und danach, ob Nigeria an religiösen Gegensätzen zerbrechen wird.

Ein ehemaliger US-Botschafter warnte kürzlich in der Zeitschrift *Foreign Affairs*, dass während der kommenden Wahlen Religion und Ethnie »eine gefährliche und potenziell explosive Dynamik« entwickeln können. Und das Deutsche Institut für Afrikastudien schreibt: »Werden sich die religiös-politischen Spannungen (...) verschärfen, besteht die Gefahr eines Auseinanderbrechens.«¹

Tatsächlich vollzieht sich in Nigeria schon seit vier Jahrzehnten eine religiöse Radikalisierung. Gewalt zwischen Christen und Muslimen, aber auch innerhalb des Islam, erschüttert das Land stets aufs Neue. Sie wird wohl auch in Zukunft vorkommen. Denn tiefliegende Konflikte, die wie etwa in Jos immer wieder an die Oberfläche steigen, wurden nie gelöst.

Doch einige Tatsachen dürfen nicht vergessen werden. *Erstens* gibt es keine Hinweise darauf, dass al-Qaida seinen Einfluss aus dem nordafrikanischen Maghreb bis nach Nigeria ausweitet. *Zweitens* läuft das Zusammenleben der insgesamt etwa 150 Millionen Christen, Muslime und Anhänger traditioneller Religionen in Nigeria überwiegend friedlich ab. Blutige Konflikte, seien sie ethnischer, religiöser oder politischer Natur, sind nichts Neues. Doch sie sind auf wenige Konfliktzentren konzentriert und entwickeln sich aus lokalen Zusammenhängen. Eine Bedrohung für den Gesamtstaat zeichnet sich nicht ab. Und *drittens* wäre es verkürzt, Religion allein als bewegendes Motiv zu sehen. Ungelöste politische, wirtschaftliche und nationalstaatliche Probleme spielen für das Konfliktverhalten eine zentrale Rolle. So-

lange sie nicht gelöst werden, wird religiös beeinflusstes Gewalt auch weiterhin vorkommen.

Im Folgenden wird ein kurzer Blick auf die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Nigerias geworfen, bevor die Entwicklung von Religion als Konfliktfaktor nachvollzogen wird. Abschließend wird eine Bewertung vorgenommen.

Versagte Entwicklung

Auch 50 Jahre nach der Unabhängigkeit von britischer Kolonialherrschaft bietet Nigeria seinen Bürgern keine wirtschaftliche Perspektive. Die fast vollständige Umstellung der Wirtschaft auf die Erdölförderung in den 1970er-Jahren hat das Sozialgefüge und die Politik im Land stark geprägt: Beschäftigungsintensive Industriezweige wie der Textilsektor oder die Landwirtschaft sind zusammengebrochen, die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei etwa 30 Prozent – inoffiziell weit höher. Die öffentliche Infrastruktur, insbesondere die Stromversorgung, liegt darnieder. Unsicherheit bestimmt das Leben; Polizisten, die an zahlreichen Straßensperren illegal Geld eintreiben, werden eher als Wegelagerer denn als Beschützer erlebt. Sozialsysteme existieren praktisch nicht, die Lebenserwartung beträgt knapp 48 Jahre – eine der niedrigsten weltweit.

Die Ressourcen des Landes werden von den nigerianischen Eliten eher veruntreut, als dass sie für die Entwicklung des Landes genutzt werden. Zugang zu Staatsämtern bedeutet den persönlichen Zugang zu Ölgeldern und zur lukrativen öffentlichen Auftragsvergabe. Die politische Kultur ist entsprechend von Korruption, Schlägerbanden und politischen Morden geprägt. Politik wird zum Kampf um alles oder nichts.

Während also mehr als 70 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, konzentriert sich der Reichtum des Landes in den Händen einer kleinen Elite. Der Einzelne hat kaum Chancen, durch Arbeit gesellschaftlich aufzusteigen.

Eingeengter politischer Raum

Nach einer Geschichte, die zwischen Militärdiktaturen und kurzen quasidemokratischen Erneuerungsversuchen

1. John Campbell, Nigeria On The Brink-What Happens If The 2011 Elections Fail?, www.foreignaffairs.com/articles/66746/john-campbell/nigeria-on-the-brink; Robert Kappel, Nigeria: Die Instabilität wächst, GIGA Focus Nr. 2, 2010, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_1002.pdf

oszillierte, ist Nigerias »Vierte Republik« (seit 1999) zwar die längste nominell demokratische Phase. Doch politische Artikulationsmöglichkeiten sind begrenzt: Medien üben Selbstzensur, Journalisten müssen mit Einschüchterungen und Behinderungen ihrer Arbeit rechnen – auch vor Morden schrecken politische Gegner nicht zurück. Landesweit gibt es keine Partei, die die Vorherrschaft der plutokratischen *People's Democratic Party* (PDP), deren Basis vor allem in Nordnigeria liegt, gefährden könnte. Die Oppositionsparteien sind inhaltlich schwach, zerstritten und oft ebenso undemokratisch wie die PDP, zu deren Taktik es gehört, erfolgreiche Oppositionspolitiker zu kooptieren.

Die Rolle einer politischen Opposition nehmen Teile der Zivilgesellschaft, Akademiker und vor allem die Gewerkschaften ein. Diesen Gruppen fehlt es jedoch an Möglichkeiten, Politik über spontane Mobilisierung hinaus mitzugestalten, da sie keinen Zugang zu den Entscheidungsgremien haben.

Föderalismus und Multiethnizität

Nigeria hat keine überzeugende Methode gefunden, seine ethnische und religiöse Vielfalt in einer konfliktregulierenden Art und Weise zu gestalten. Der ethnisch-geographisch beeinflusste Kampf um die Kontrolle des Landesentrums und seiner Ressourcen bestimmt daher die Politik. Für religiöse Auseinandersetzungen ist dies insofern von Bedeutung, als sich ethnisch-geographische und religiöse Identitäten oftmals überschneiden. So sind die Hausa in Nordnigeria mehrheitlich muslimisch, die Igbo in Südostnigeria mehrheitlich christlich. Unter der dritten große Ethnie Nigerias (neben zahlreichen kleineren), den Yoruba, finden sich sowohl Muslime als auch Christen, die oft friedlich in derselben Familie zusammenleben.

Der Biafra-Krieg (1967–1970), die blutige Niederschlagung eines Versuchs des ölfreien Südostens, sich abzuspalten, zeigt, wie der Konflikt um Nigerias Ressourcen bis zum Äußersten geführt wird. Die Diskussion um die Präsidentschaftskandidatur des Amtsinhabers Goodluck Jonathan ist ebenso exemplarisch. Jonathan, ein Christ aus Südnigeria, war durch den Tod seines aus dem Norden stammenden muslimischen Amtsvorgängers im Mai 2010 vom Posten des Vizepräsidenten ins höchste Staatsamt aufgerückt. Seine Kandidatur für die Präsi-

denchaftswahlen 2011 rief unter den Eliten Nordnigerias Protest hervor: Ihrer Ansicht nach gehört die Präsidentschaft für mindestens eine weitere Amtsperiode in den Norden, bevor der Süden wieder »am Zug« ist.

Auch in den kommunalen »Local Government Areas« (LGAs) spiegelt sich der Konflikt um Zugänge wider. Die LGAs unterscheiden bei der Verteilung von Zertifikaten zwischen »Indigenen« und »Siedlern«, häufig nach ethnischen Merkmalen. Indigenenzertifikate ermöglichen den Zugang zu Studienplätzen oder Beamtenposten, die »Siedlern« nicht zustehen. In der Stadt Jos in Plateau State etwa, mehrfach Schauplatz von ethnisch-religiöser Gewalt, werden auf diese Weise die (mehrheitlich christlichen) Berom auf Kosten der (mehrheitlich muslimischen) Fulani bevorzugt. Gouverneure von Plateau State haben diesen Konflikt durch polarisierende Äußerungen angeheizt, ohne je zur Verantwortung gezogen worden zu sein.² Die Zentralregierung hat sich darauf beschränkt, Militär nach Jos zu schicken und Untersuchungskommissionen einzurichten, deren Ergebnisse jedoch nie öffentlich diskutiert wurden, geschweige denn Konsequenzen nach sich zogen.

Religion und Gesellschaft

Religion übernimmt im gesellschaftlichen Leben Nigerias vor diesem Hintergrund eine Reihe von Funktionen:

Erstens bietet sie dem Einzelnen ein Netzwerk in einer sich rasch transformierenden und rapide urbanisierenden Gesellschaft. Wo der Staat versagt, bieten Netzwerke alternative Absicherungs- und Versorgungsmöglichkeiten. In den von Einwanderung geprägten Metropolen wie der nordnigerianischen Stadt Kano konzentriert sich das soziale Leben von Binnenmigranten daher um die Kirche oder Moschee, die ein leicht zugängliches Identifizierungsmerkmal bietet.

Zweitens kann Religion nicht nur die Hoffnungslosigkeit lindern, die sich aus der desolaten wirtschaftlichen Lage speist, sondern auch einen gesellschaftlichen Identifizierungs- und Deutungsrahmen anbieten. So schüren vor allem Nigerias evangelikale Kirchen die Hoffnung auf materiellen Reichtum als Gabe Gottes. Etliche dieser

2. Human Rights Watch: They Do Not Own This Place, Government Discrimination Against »Non-Indigenes« in Nigeria, April 2006, <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/nigeria0406webwcover.pdf>.

Kirchen sind mächtige Wirtschaftsunternehmen, deren Pastoren ihren Reichtum offen zur Schau stellen und die urbane Mittelschicht ansprechen, indem sie ihnen Anerkennung und Legitimation für ihren Erfolg verleihen.

Drittens dienen religiöse Kategorien der Interpretation sozialer Realität und als Vehikel für Protest. So artikuliert sich die Abscheu über Staatsversagen häufig in religiösen Kategorien: Die unsauberen Methoden der Machterlangung werden mit Okkultismus in Verbindung gebracht, »echte« Muslime oder Christen sehen ihre Kongregation als Kontrastfolie zu einer »satanischen« Herrschaftsclique. Dabei ist es nicht ohne Ironie, dass zahlreiche evangelikale Kirchen selbst in Korruptionsfälle verstrickt sind.

Religiöse Vielfalt und die Bedeutung von Religion

Der Islam prägt den Norden, das Christentum den Süden des Landes. Im »Middle Belt« Zentralnigerias treffen beide Einflussbereiche aufeinander. Der ohnehin hohe gesellschaftliche Stellenwert von Religion nimmt offenbar weiter zu: Beobachter stellen eine wachsende Frömmigkeit unter Muslimen und Christen fest.³ Die religiöse Identifikation ist für viele Nigerianer heute wichtiger als die ethnische oder nationale Identität: In einer vom *Pew Forum* durchgeführten Umfrage (2007) betonten 91 Prozent der Muslime und 76 Prozent der Christen Religion als wichtigstes persönliches Identifizierungsmerkmal – vor ethnischer, nationaler und kontinentaler Identität.⁴

Zwar sind religiöse Identitäten auch in Nigeria nicht statisch – Übertritte oder Hochzeiten über Religionsgrenzen hinweg sind keine Seltenheit –, doch die Gegensätze zwischen den Glaubensgruppen haben sich verschärft. Dabei gehört Vielfalt in Glaubensfragen zu Nigerias Nationalcharakter: Die Statistik, nach der etwa 50 Prozent der Bevölkerung Muslime, 48 Prozent Christen und zwei Prozent Anhänger traditioneller Religionen sind, verdeckt die Pluralität, die sich innerhalb dieser Kategorien artikuliert. So finden sich unter Nigerias Christen nicht

nur Anglikaner, Protestanten und Katholiken, sondern vor allem eine rapide wachsende Zahl von Anhängern evangelikaler und pfingstlich-charismatischer Kirchen. Unter den Muslimen herrscht eine ähnliche Vielfalt: Während die Mehrheit dem sunnitischen Islam anhängt, existieren eine große schiitische Minderheit und zahlreiche muslimische Sekten.

Politischer Islam, politisches Christentum

Seit den 1960er-Jahren findet eine verstärkte politische Mobilisierung über Religion statt, die auf beiden Seiten zu Gegenreaktionen führt. So werden Muslime im Kontext einer Gesamtdiskussion um Nigerias Nationalcharakter mobilisiert; christliche Gruppen wiederum versuchen, im Norden Bekehrungskampagnen durchzuführen und eine vermeintliche »Islamisierung« des Landes abzuwehren. Die Mobilisierung zeigt Wirkung: In der bereits zitierten Umfrage wünschten sich 72 Prozent der Christen und 77 Prozent der Muslime Politiker, die einen starken christlichen bzw. muslimischen Glauben haben. Themen für religiöse Kampagnen waren in der Vergangenheit die Religionszugehörigkeit des Präsidenten, die (Wieder-)Einrichtung von Scharia-Gerichtshöfen in Nordnigeria⁵ oder die Mitgliedschaft des Landes in der Organisation der Islamischen Konferenz. Religion bekommt hier eine zunehmend politische, teilweise explosive Dynamik. Insbesondere in den von Umbrüchen und wirtschaftlichem Niedergang geprägten 1980er-Jahren wurden die Ballungszentren Kano und Kaduna zu Schauplätzen brutaler Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen, die noch bis vor wenigen Jahren erneut aufflammten.

Allerdings kann man auch politisch nicht von monolithischen Gruppen sprechen. Im Islam haben sich zahlreiche Protestbewegungen formiert, die sowohl eine oppositionell-politische als auch eine antichristliche Ausrichtung haben: Die Maitatsina-Gruppe in den 1980er-Jahren, die Izala- oder die Boko-Haram-Sekte haben beispielsweise mit Kritik am politisch-religiösen Establishment des

3. Murray Last, *The Search for Security in Muslim Northern Nigeria*, *Africa: Journal of the International African Institute*, 78 (1) 2008, S. 41-63; Ruth Marshall, *Political Spiritualities, The Pentecostal Revolution in Nigeria*, The University of Chicago Press 2009.

4. The Pew Forum on Religion & Public Life, *Nigeria's Presidential Election: The Christian-Muslim Divide* (März 2007),

5. Diese Gerichtshöfe wurden ab 1999 zunächst unter massivem Protest christlicher Gruppen eingerichtet. Die Aufregung hat sich mittlerweile gelegt, was auch an der sehr seltenen Anwendung der »spektakulären« Strafen liegt: Handamputationen als Strafe für Diebstahl etwa wurden bislang kaum durchgeführt.

Nordens Konflikte mit Autoritäten provoziert. Eine relativ neue Entwicklung ist die internationale Vernetzung und Modernisierung solcher Gruppen, die sich verstärkt aus jungen, gebildeten und international orientierten Mitgliedern mit Beziehungen in den Nahen Osten (etwa nach Ägypten, Saudi-Arabien oder Iran) rekrutieren. Ihr politischer Fixpunkt unterscheidet sich von der früheren Generationen: Während in der Vergangenheit vor allem das Kalifat von Sokoto, eine in den Jahren 1804–1810 in Nordnigeria errichtete Föderation nördlicher Emirate, die die Scharia als Gesetzeskodex etablierte, die Idee eines nördlichen »Kerns« Nigerias am Leben hielt, wird für die neue Generation vermehrt die weltweite *Ummah*, die Gemeinschaft der Gläubigen, zum entscheidenden Bezugspunkt.

In Nigerias Christentum lassen sich ähnliche Entwicklungen beobachten: Seit den 1970er-Jahren boomen pfingstlich-charismatische Kirchen, die »traditionelle« Praktiken genauso vehement ablehnen wie den Islam. Auch sie geben sich gezielt modern, mit Netzwerken vor allem in die USA oder nach Westafrika. Ihre Betonung individueller Bekehrung als radikalem Lebensumbruch und die Aufforderung zur Missionierung haben vor allem in Nordnigeria zu Zusammenstößen und muslimischen Gegenreaktionen geführt.

Überhaupt wirkt die internationale Vernetzung beider Religionen nicht immer konfliktmindernd. Sowohl aus dem Nahen Osten als auch aus den USA und Westeuropa kommen Einflüsse von Akteuren, die kein Interesse an einer friedlichen Koexistenz haben und religiöse Konflikte eher zuspitzen möchten. Versuche friedensbildender Maßnahmen, die aus internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Quellen finanziert werden, werden so konterkariert.

Die Modernität und Jugendlichkeit der neuen religiösen Bewegungen zeigt sich insbesondere an Universitäten, die zu Schauplätzen für Bekehrungskampagnen und religiöse Konflikte geworden sind. Die akademische Ausbildung wird dadurch massiv behindert. Erst kürzlich konnten Ausschreitungen im südnigerianischen Ibadan nur knapp abgewendet werden, als sich im Fastenmonat Ramadan eine radikale Christin in eine Universitätsmoschee schlich und die Betenden mit lauten Bekehrungsparen gegen sich aufbrachte. Muslimische Studierende legten daraufhin aus Protest die Universität lahm.

Mit ihrer Betonung von Individualität sind die pfingstlich-charismatischen Kirchen tendenziell weniger direkt politisch ausgerichtet als der Islam. Doch ihr Einfluss breitet sich zunehmend auch auf die politische Sphäre aus, etwa wenn Kandidaten für politische Ämter an ihrer »Christlichkeit« gemessen werden und gegen die (angeblichen) Islamisierungskampagnen des Nordens mobilisiert wird. Unter Nigerias ernstzunehmenden Präsidentschaftskandidaten sind jedoch keine, die eine explizit religiöse Agenda verfolgen. Auf Zentralstaatsebene wird die Einheit des Landes immer wieder betont, und es wird sorgsam darauf geachtet, zumindest nach außen hin eine ethnisch-religiöse Ausgewogenheit zu präsentieren. Kommt der Präsident etwa aus dem muslimischen Norden, steht ihm ein christlicher Vizepräsident aus dem Süden zur Seite.

Die wachsende Bedeutung von Christentum und Islam, insbesondere die Wiedereinsetzung der Scharia in einigen nördlichen Staaten, würde vermuten lassen, dass Frauen in Nigeria politisch weiter marginalisiert werden. Doch dies hieße, einige Gesichtspunkte außer Acht zu lassen. Zum einen sind viele traditionelle, vorkoloniale Praktiken, etwa in Südostnigeria, Frauen gegenüber extrem diskriminierend, etwa in Ehe- oder Erbrechtsfragen. Hier geht von Christentum und Islam eher ein Modernisierungsimpuls aus. Zum anderen organisieren sich heute sowohl muslimische als auch christliche Frauen zunehmend erfolgreich, um ihre spezifischen Interessen wahrzunehmen. So versuchen Frauenrechtsgruppen in Nordnigeria über die »neue« Gesetzeslage der Scharia, ihre Rechte einzuklagen. Und in den pfingstlich-charismatischen Kirchen sind überdurchschnittlich viele Frauen engagiert, treten öffentlich selbstbewusst auf und übernehmen Verantwortung. Der Einfluss der pfingstkirchlichen Bewegungen wird daher eher als Stärkung weiblicher Autonomie interpretiert; die Scharia zumindest nicht als deren Schwächung.

Fazit: Wie lässt sich religiöse Gewalt einhegen?

Religiöse Gewalt ist in Nigeria Realität und sie wird wohl auch in Zukunft Menschenleben fordern. Zwar sind blutige Konflikte in Afrikas bevölkerungsreichstem Staat nichts Neues. Doch ihre religiöse Ausrichtung hat sich in den letzten Jahrzehnten verstärkt. Ohne ihr komplexes

Beispiele für religiöse Gewalt in Nigeria

1980, Kano: Bei den »Maitatsine-Unruhen« stößt eine islamistische Sekte mit den Sicherheitskräften zusammen. Dabei gibt es ca. 4.000 Tote.

2000, Kaduna: Nach der Wiedereinführung der Scharia in nördlichen Bundesstaaten sterben bei Ausschreitungen zwischen Christen und Muslimen mindestens 2.000 Menschen.

2001, 2008, 2010, Jos: Bei wiederholten Zusammenstößen zwischen Muslimen und Christen werden mehrere tausend Menschen ermordet.

Gemisch aus politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und lokalen Motiven zu verstehen, sind sie jedoch nicht zu erklären. Religion polarisiert, doch sie tut dies innerhalb eines von Krisen erschütterten gesellschaftlichen Rahmens. Sie stößt dabei vielfach in Räume vor, die der Staat verlassen hat. Stimmen, die vor einer Bedrohung für den Gesamtstaat warnen, sind jedoch übertrieben. Es überwiegt die friedliche Koexistenz, die von verantwortungsvollen Vertretern von Christentum und Islam auch aktiv gefördert wird.

Ob Religion im konstruktiven Sinne ihrer quasi-politischen Bedeutung gerecht werden kann, ist sehr fraglich. Ihr gedankliches Fundament bietet für die Alltagsprobleme Nigerias – Demokratiedefizit, Verfall öffentlicher Infrastruktur, Unsicherheit, Unterentwicklung, Korruption – keine Lösung. Radikal-islamische oder freikirchlich-christliche Bewegungen konnten bisher keine ernsthafte politische Agenda vorlegen. Es gibt keine Alternative zur Stärkung der genuin politischen Akteure und Institutionen. Gewerkschaften, funktionierende politische Parteien und Medien nehmen dabei Schlüsselrollen ein.

Internationale Akteure können also bis auf die Unterstützung friedensbildender Maßnahmen, deren Feder-

führung allerdings in Nigeria liegen sollte, wenig tun, um direkt zu einer Problemlösung beizutragen. Indirekt geschieht dies über demokratiefördernde Ansätze bereits. Der Zentralstaat hat dagegen eine Reihe von Möglichkeiten, religiöse Konflikte zu entschärfen. So könnte er die juristische Verfolgung von Anstiftern vorantreiben und dadurch die Gewaltspirale zu durchbrechen versuchen, die sich etwa in Jos entwickelt hat. Vom Zentrum müsste auch eine Infragestellung der Zertifikatepraxis ausgehen, die die Bevölkerung in »Indigene« und »Siedler« einteilt und so zu Verwerfungen führt. Stimulationsprogramme für einzelne Wirtschaftssektoren – etwa die Landwirtschaft oder Textilindustrie – wurden bereits aufgenommen. Sie können, wenn konsequent durchgeführt, für etliche Menschen eine Beschäftigungsperspektive schaffen. Hierzu muss jedoch auch der darniederliegende Stromsektor wieder aufgerichtet werden.

Die Ebene der föderalen Staaten und Kommunen kann ebenso dazu beitragen, Diskriminierung, Ghettoisierung und Polarisierung abzumildern. Dazu ist jedoch ein politischer Wille vonnöten, der oft nicht vorhanden ist. Nigerias Eliten versagen auch hier systematisch.

Anfang 2011 werden der Präsident, die Gouverneure und Parlamente gewählt. Auch wenn gegenwärtig unterschwellig religiöse Motive bei der Kandidatenauswahl eine Rolle spielen, werden sich die Parteien, allen voran die PDP, wohl letztendlich geschlossen hinter ihren Kandidaten stellen. Während der Wahlen wird Religion daher wohl kein Thema sein. Insgesamt bietet sich mit einer neuen, als glaubwürdig wahrgenommenen Wahlkommission zudem die Chance, dass Nigeria mit seiner Tradition von Wahlfälschungen bricht. Das wäre zumindest ein Schritt hin zu einer substanzielleren Demokratie, als sie die »Vierte Republik« bislang bietet. Doch die Herausforderungen, vor denen Nigerias plutokratisches und von Korruption geprägtes politisches System steht, sind enorm. Eine kurzfristige Lösung gibt es nicht; Religion wird ihr Konfliktpotenzial zunächst behalten.



Über den Autor

Thomas Mättig leitet das Landesprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nigeria.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Afrika
Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Tel.: ++49-30-26935-7465 | Fax: ++49-30-26935-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen / Kontakt:
Michael.Roll@fes.de